



IWH-Pressemitteilung 17/2006

SENDESPERRFRIST: 9. Juni 2006, 13.00 Uhr

SPERRFRIST: 9. Juni 2006, 14.00 Uhr

Zur aktuellen Diskussion um den Solidarpakt II

Ansprechperson: Dr. Joachim Ragnitz
(Tel.: 0345/77 53 860 und 0170 5423062)

Halle (Saale), den 9. Juni 2006

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Zur aktuellen Diskussion um den Solidarpaket II

Die meisten ostdeutschen Länder verstoßen – so ein verbreiteter Vorwurf – regelmäßig gegen die im Solidarpaket II vereinbarten Bestimmungen und verwenden die zur Verfügung gestellten Mittel teilweise für konsumtive Zwecke. Tatsächlich sollen die Solidarpaket-Gelder primär für den Abbau der Infrastrukturlücke verwendet werden – und insoweit wäre eine derartige „Mittelverschwendung“ der ostdeutschen Länder in der Tat kontraproduktiv.

Es ist aber durchaus strittig, ob eine Infrastrukturlücke in dem ursprünglich behaupteten Umfang tatsächlich noch besteht, und strittig ist auch, ob der Ausbau der Infrastruktur allein wirklich ausreichend ist, den „Aufbau Ost“ voranzubringen. Jedenfalls gehen sowohl Wissenschaft als auch Politik inzwischen mehrheitlich davon aus, daß die wirtschaftlichen Probleme der neuen Länder Folge struktureller Fehlentwicklungen auf der einen Seite und zunehmender demographischer Probleme auf der anderen Seite ist – nicht aber Konsequenz unzureichender infrastruktureller Bedingungen. Dementsprechend erscheinen denn auch die Vorgaben des Solidarpaketes II als zu eng – zumal nicht alles, was derzeit als investiv verbucht wird, auch tatsächlich dazu dient, die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen.

Eine (leichtfertige) Ausweitung zulässiger Verwendungszwecke würde allerdings in der Öffentlichkeit als „Aufweichung“ des Solidarpaketes II interpretiert, was die ohnehin schwindende Solidarität zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Bundesländern weiter schmälern dürfte. Zudem würde damit der Grundgedanke des Solidarpaketes ad absurdum geführt, die zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Sonderbedarfszuweisungen des Bundes auch nur zur Deckung temporär anfallender Ausgaben zu verwenden. Die Beschränkung zulässiger Verwendungen auf die Beseitigung eines „infrastrukturellen Nachholbedarfs“ soll letzten Endes nämlich nur dazu dienen, diese „Fristenkongruenz“ zu gewährleisten. Eine Erweiterung des Investitionsbegriffs – beispielsweise durch Einbeziehung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung – ist zwar sinnvoll, muss dann aber auch den vorübergehenden Charakter der Solidarpaket-Mittel berücksichtigen und Vorkehrungen zur Rückführung der hiermit finanzierten Ausgaben beinhalten.¹

Leider haben sich Bund und Länder mit der rechtlichen Umsetzung der Solidarpaket-Vereinbarungen aus dem Jahr 2001 in eine Falle hineinmanövriert, aus der sie jetzt nicht mehr herausfinden: Eine Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (in dem der Solidarpaket II verankert ist) droht den gesamten Länderfinanzausgleich zu Fall bringen, mit unabwägbaren finanziellen Folgen für alle Beteiligten. Eine Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage (mit Rechtfertigungspflicht der Länder, aber ohne jegliche Sanktionsmöglichkeiten) bietet wiederum keine Gewähr dafür, daß die notwendige Kürzung der laufenden Ausgaben mit hinreichender Stringenz verfolgt wird – mit der Folge zunehmender Handlungsunfähigkeit der Finanzpolitik der Länder. In dieser Situation hilft nur noch eine politische Lösung, bei der alle Seiten Zugeständnisse machen. Hierzu sind in der Vergangenheit auch bereits eine ganze Reihe instrumenteller Vorschläge unterbreitet worden.² Auf welche Lösung die Politik sich auch verständigt – ein „Weiter-so“ darf es nicht mehr geben, weil damit die Politik in eine ernsthafte Glaubwürdigkeitsfalle geraten würde.

Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de

¹ Vgl. hierzu auch: IWH, Wachstumsorientierte Neuausrichtung des Solidarpaketes II, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/internet/jrg/1-06.pdf>.

² Vgl. zu einem Überblick Ragnitz, J., Solidarpaket II: Zweckentsprechende Mittelverwendung nicht in Sicht, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2005, S. 288-292.